

**FDP zum überarbeiteten Einzelhandelsgutachten Junker und Kruse:
"Urbane Gebiete als Möglichkeit, in der Innenstadt Wohnen und Gewerbe zusammenzuführen!"**

Die FDP-Fraktion sieht durch eine im Mai vergangenen Jahres in Kraft getretene Städtebaunovelle auch für Krefeld die Möglichkeit, in der Innenstadt Wohnen und Arbeiten gleichberechtigt zu ermöglichen.

"Damit gibt es auch für die Stadt die Chance, frei werdende Ladenflächen einer neuen Wohnnutzung zuzuführen", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Am 13. Mai vergangenen Jahres trat eine Städtebaunovelle in Kraft, nach der in Erweiterung der vorhandenen Baugebietstypen in der Baunutzungsverordnung Urbane Gebiete eingeführt werden. Diese dienen dem Wohnen sowie der Unterbringung von Gewerbebetrieben und sozialen, kulturellen und anderen Einrichtungen, welche die Wohnnutzung nicht wesentlich stören. In Urbanen Gebieten sind gleichzeitig Wohngebäude, Geschäfts- und Bürogebäude, Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes, sonstige Gewerbebetriebe/Anlagen für Verwaltungen und für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sonstige Zwecke allgemein zulässig.

Die FDP-Fraktion sieht in der gesetzlichen Änderung eine Möglichkeit, Vorschläge des überarbeiteten Einzelhandelsgutachtens des Dortmunder Gutachterbüros Junker und Kruse zu realisieren. Diese hatten u.a. den Bereich der Hochstraße zwischen Neumarkt und Südwall für einen Nutzungsmix "ausgeguckt".

Die Stadtverwaltung ist ebenfalls der Auffassung, dass "durch das Urbane Gebiet ein neues Instrument zur Planung verdichteter und gemischt genutzter Gebiete ihr an die Hand gegeben wird". Sie weist allerdings darauf hin, dass die "zumeist problematischen Nachtwerte des Gewerbelärms im Vergleich zu den bisherigen Werten unverändert sind". Die Darstellung sogenannter Urbaner Gebiete erfordert darüber hinaus Änderungen des Flächennutzungsplanes und von Bebauungsplänen, soweit diese z.B. im Innenstadtbereich nur eine gewerbliche Nutzung zulassen.

"Unbeschadet dieser Bedenken sind wir der Auffassung, dass man die Überlegungen, in der Krefelder Innenstadt sogenannte Urbane Gebiete zu etablieren, weiterführen sollte vor dem Hintergrund, dass je nach Branche zwischen 30 bis 50 % der jetzigen Ladenflächen einer Nutzung zugeführt werden, und dass gleichzeitig in der Innenstadt vermehrt Wohnraum geschaffen werden soll, ist dies unserer Ansicht nach der richtige Ansatz. Parallel dazu müssen die Vorschläge von Junker und Kruse aufgegriffen werden, jetzige Fußgängerzonen wieder für den Autoverkehr zu öffnen. Denn nur die wenigsten werden in einer Fußgängerzone wohnen wollen", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.